

STOPPEN SIE DEN WIRTSCHAFTLICHEN NIEDERGANG DEUTSCHLANDS, HERR MERZ

Eine kritische Dokumentation der Entwicklung von 2011 bis 2026: Kernenergieausstieg, Energieabhängigkeit, Wettbewerbsverlust, Unternehmensinsolvenzen und wirtschaftspolitischer Kurswechsel

Stand: 11. September 2026

Die Entwicklung in einer Zeitleiste

Die heutige Lage ist nicht in einem einzigen Krisenjahr entstanden. Politische Weichenstellungen, versäumte Vorsorge und außergewöhnliche äußere Schocks haben sich über fünfzehn Jahre überlagert. Jede Phase für sich war beherrschbar; ihre Kombination wurde zum Standortproblem.

2011	Nach Fukushima beschließt der Bundestag den beschleunigten Atomausstieg. Acht Reaktoren verlieren kurzfristig ihre Berechtigung zum Leistungsbetrieb; die übrigen sollen schrittweise bis 2022 folgen.[18]	Gesicherte CO ₂ -arme Erzeugung wird abgebaut. Der Ersatzauftrag für Netze, Speicher und flexible Leistung ist politisch bekannt, wird aber nicht in gleicher Geschwindigkeit umgesetzt.
2012-2016	Erneuerbare Energien wachsen, die EEG-Umlage steigt, Börsenpreise fallen zeitweise. Deutschland profitiert zugleich von billigem russischem Gas, niedrigen Zinsen, starkem Welthandel und chinesischer Nachfrage.	Die gute Konjunktur verdeckt strukturelle Risiken. Niedrige Großhandelspreise schwächen Investitionsanreize für steuerbare Kraftwerke; regionale Netzungpässe nehmen zu.
2017-2019	Klimaziele werden verschärft, Kohleausstieg vorbereitet. Windkraftausbau und Netzausbau geraten jedoch ins Stocken. Autoindustrie und Maschinenbau spüren Handelskonflikte und Chinas technologischen Aufstieg.	Das Wachstum verlangsamt sich schon vor Pandemie und Ukrainekrieg. Produktivität, Digitalisierung und Investitionen werden zu sichtbaren Schwachstellen.
2020-2021	Pandemie, Lockdowns und Lieferkettenstörungen treffen Produktion und Handel. Staatshilfen, Kurzarbeit und ausgesetzte Insolvenzantragspflichten stabilisieren Unternehmen.	Insolvenzen werden teilweise aufgeschoben. Lieferengpässe und expansive Politik bereiten gemeinsam mit Energieknappheit den späteren Inflationsschub vor.
2022	Russlands Angriff auf die Ukraine zerstört das alte Gasmodell. Deutschland hatte 2021 rund 55 Prozent seines Gasverbrauchs mit russischen Lieferungen gedeckt.[19] Gas- und Strompreise springen; EZB-Zinsen steigen.	Energieintensive Produktion bricht ein, Baufinanzierung verteuert sich, Kaufkraft sinkt. Die letzten drei Kernkraftwerke laufen nur befristet bis April 2023 weiter.
2023-2024	Kernenergieausstieg wird abgeschlossen. Deutschland erlebt zwei reale BIP-Minusjahre. Erneuerbare erreichen Rekordanteile, Kohle und Stromemissionen sinken, gleichzeitig bleiben Gesamtpreise und Systemkosten hoch.	Unternehmen reagieren mit Produktionskürzungen, Investitionsaufschub und Standortprüfung. Insolvenzen steigen jeweils um rund 22 Prozent.
2025-2026	Die Wirtschaft wächst 2025 nur um 0,2 Prozent; 2026 bleibt die Erholung fragil. Netze, Reserveleistung und Transformation erfordern hohe Investitionen. Insolvenzen steigen weiter.	Der kumulierte Verlust an Investitionsvertrauen wird zum entscheidenden Problem: Nicht nur Schließungen, sondern unterlassene neue Werke schwächen den Standort.

2011 bis 2014: Der politische Auftrag war größer als seine Umsetzung

Die Katastrophe von Fukushima veränderte 2011 die gesellschaftliche Risikobewertung. Der deutsche Bundestag beschloss mit breiter Mehrheit, acht ältere Reaktoren dauerhaft stillzulegen und die restlichen Anlagen bis spätestens Ende 2022 abzuschalten. Die Entscheidung war demokratisch legitimiert und sicherheitspolitisch motiviert. Wirtschaftlich bedeutete sie jedoch, dass ein erheblicher Teil wetterunabhängiger Erzeugung innerhalb eines Jahrzehnts ersetzt werden musste.[18]

Die Energiewende setzte damit drei große Aufgaben gleichzeitig: erneuerbare Erzeugung massiv ausbauen, Stromnetze vom windreichen Norden in die Verbrauchszentren verstärken und für Dunkelflauten steuerbare Kapazität oder Speicher schaffen. Der erste Teil gelang deutlich besser als die beiden anderen. Photovoltaik und Windkraft wuchsen schnell; bei Netzen, Genehmigungen, Speichern und einem neuen Strommarktdesign blieb die Umsetzung zurück.

Die Fehlsteuerung war zunächst kaum sichtbar. Sinkende Börsenstrompreise wurden als Erfolg wahrgenommen, während EEG-Umlage, Netzentgelte und Eingriffskosten in anderen Bestandteilen der Rechnung auftauchten. Für Haushalte und nicht privilegierte Unternehmen stiegen die Endpreise. Energieintensive Großverbraucher erhielten Entlastungen, doch die Kosten verschwanden nicht - sie wurden verteilt.

Gleichzeitig verschob sich das Sicherheitsnetz des Systems: Erdgas galt als flexible Brückentechnologie für die schwankende Erzeugung aus Wind und Sonne. Diese Strategie wäre nur robust gewesen, wenn Lieferquellen, Infrastruktur und politische Risiken breit diversifiziert worden wären. Stattdessen wuchs die Abhängigkeit von günstigem russischem Pipelinegas.

VERSÄUMNIS DIESER PHASE

Deutschland beschloss den Ausstiegstermin verbindlich, behandelte aber Netz, Speicher, Reserve und Gasdiversifizierung nicht mit derselben Verbindlichkeit. Die Energiewende wurde als Ausbau einzelner Technologien organisiert, nicht als synchroner Umbau eines Gesamtsystems.

2015 bis 2019: Gute Jahre verdecken den Reformstau

Zwischen Eurokrise und Pandemie profitierte Deutschland von einer ungewöhnlich günstigen Kombination: extrem niedrige Zinsen, schwacher Euro, günstige fossile Energie, starke Nachfrage aus China und wettbewerbsfähige industrielle Cluster. Beschäftigung und Steuereinnahmen stiegen. Die Erfolge waren real, machten die Politik aber selbstzufrieden.

Schon ab 2017 und 2018 zeigten sich Risse. Der Welthandel verlor Dynamik, die deutsche Autoindustrie geriet beim Übergang zu Elektroantrieben und Software unter Druck, und China entwickelte sich vom Absatzmarkt zum Wettbewerber. Der Maschinenbau litt unter schwächeren Investitionen seiner Kunden. Das reale Wachstum verlangsamte sich bereits vor Corona.

Im Energiesystem nahm das Nord-Süd-Gefälle zu. Windstrom entstand häufig fern der industriellen Verbrauchszentren. Fehlende Leitungen erzwangen immer mehr Eingriffe: Anlagen wurden im Norden abgeregelt, während konventionelle Kraftwerke im Süden hochgefahren wurden. Das ist technisch beherrschbar, aber wirtschaftlich teuer. Redispatch-Volumen und -Kosten stiegen über die Jahre deutlich.[20]

Zugleich wuchs ein zweiter Reformstau. Straßen, Brücken, Schiene, Schulen und digitale Verwaltung erhielten nicht die Modernisierung, die ein alternder Industriestaat benötigt. Niedrige öffentliche Zinsen wurden nicht konsequent für produktive Investitionen genutzt. Unternehmensgründungen litten unter komplexen Regeln, Kapitalmärkte blieben schwächer als in den USA, und die Abgabenlast auf Arbeit begrenzte das Arbeitsangebot.

Der Kernenergieausstieg allein erklärt diese Entwicklung nicht. Aber er erhöhte den Anspruch an eine Politik, die zugleich Netze, Kraftwerke und Industrie modernisieren musste. Gerade in den wirtschaftlich guten Jahren wäre der finanzielle und politische Spielraum dafür vorhanden gewesen.

2020 und 2021: Die Pandemie friert Probleme ein

Die Pandemie verursachte 2020 einen tiefen, politisch ausgelösten Einbruch von Produktion und Dienstleistungen. Kurzarbeit, Kredite, Zuschüsse, Steuerstundungen und zeitweise ausgesetzte Insolvenzantragspflichten verhinderten eine unmittelbare Pleitewelle. Diese Maßnahmen schützten Beschäftigung und produktive Strukturen, hielten aber auch Unternehmen am Markt, deren Geschäftsmodell bereits zuvor geschwächt war.

Deshalb sanken die amtlichen Unternehmensinsolvenzen gerade in der schwersten Rezession zunächst. Von 18.749 Fällen im Jahr 2019 ging die Zahl auf 15.841 im Jahr 2020 und 13.993 im Jahr 2021 zurück. Das war kein Zeichen plötzlich gestiegener wirtschaftlicher Gesundheit, sondern wesentlich auch Ergebnis außergewöhnlicher Schutzmaßnahmen.[21]

Mit der Wiederöffnung stieß aufgestaute Nachfrage auf beschädigte Lieferketten. Halbleiter, Vorprodukte, Container und Baustoffe wurden knapp. Gleichzeitig stiegen Energiepreise bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Die Inflation war daher nicht nur Folge eines einzigen Ereignisses, sondern einer Abfolge aus Angebotsstörungen, Nachfrageimpulsen und expansiver Geld- und Fiskalpolitik.

Ende 2021 gingen mit Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C drei weitere Kernkraftwerke vom Netz. Damit konzentrierte sich die verbleibende Kernenergieproduktion auf die letzten drei Anlagen. Das System wurde genau in dem Moment abhängiger von Gas und Importmöglichkeiten, als sich der europäische Gasmarkt bereits anspannte.

Die Pandemie hinterließ somit vier Hypothesen: zusätzliche Schulden, Investitionsrückstände, schwächere Bilanzen in Teilen des Mittelstands und einen aufgeschobenen Insolvenzbereinigungsprozess. Diese Hypothesen trafen 2022 auf den größten Energieschock seit Jahrzehnten.

2022: Der Energieschock zerstört das alte Geschäftsmodell

Russlands Angriff auf die Ukraine war der externe Schock, der Deutschlands energiepolitische Verwundbarkeit offenlegte. Rund 55 Prozent des deutschen Gasverbrauchs waren 2021 durch Lieferungen aus Russland gedeckt worden. Gas war nicht nur Heizenergie, sondern Rohstoff und Prozessenergie für Chemie, Düngemittel, Glas, Papier, Metall und zahlreiche Lieferketten.[19]

Als Lieferungen ausfielen und die Preise explodierten, stieg über Gaskraftwerke auch der Strompreis. Das europäische Merit-Order-System bedeutete, dass teure Gaskraftwerke in Knappheitsstunden den Marktpreis bestimmten. CO₂-Zertifikate verstärkten die Kosten fossiler Erzeugung zusätzlich, waren aber nicht der Auslöser des Gasengpasses.

Die Industrie reagierte rational: energieintensive Anlagen reduzierten ihre Auslastung oder stoppten vorübergehend. Manche Produktion kehrte nach fallenden Preisen zurück, andere Kapazität blieb dauerhaft ungenutzt. Der entscheidende Schaden lag nicht nur in hohen Rechnungen, sondern in verlorener Planungssicherheit.

Parallel bekämpfte die Europäische Zentralbank die Inflation mit schnellen Zinserhöhungen. Das traf Bau, Immobilien, Start-ups und hoch verschuldete Unternehmen. Projekte, die bei Nullzinsen tragfähig erschienen, verloren ihre Finanzierung. Material-, Lohn-, Energie- und Kapitalkosten stiegen in kurzer Folge.

Die letzten drei Kernkraftwerke wurden über den ursprünglich vorgesehenen 31. Dezember 2022 hinaus bis zum 15. April 2023 betrieben. Diese kurze Verlängerung half im Winter, ersetzte aber keine langfristige Strategie. Brennstoffbeschaffung, Personalplanung und Sicherheitsprüfungen hätten frühere Entscheidungen verlangt.

2023 und 2024: Aus dem Schock wird eine Strukturkrise

Am 15. April 2023 endete die kommerzielle Kernenergienutzung. Die letzten drei Anlagen hatten im vorherigen Betriebsjahr 29,5 TWh oder 6,3 Prozent der öffentlichen Nettostromerzeugung geliefert. Gleichzeitig wuchs die erneuerbare Erzeugung stark. Im ersten Jahr ohne Kernkraft übertraf ihr Zuwachs die zuvor erzeugte Kernenergiemenge; Kohleverstromung und Emissionen sanken.[3]

Diese Bilanz ist wichtig, verhindert aber eine falsche Schlussfolgerung: Energetischer Jahresersatz ist nicht gleichwertig mit jederzeit verfügbarer Leistung. Wind- und Solarstrom fallen wetterabhängig an. Ihr Ausbau benötigt Netze, Speicher, flexible Nachfrage und Reservekraftwerke. Je stärker diese Ergänzungen zurückbleiben, desto größer werden Volatilität und Systemkosten.

Deutschland wechselte zudem vom Stromexportüberschuss zum Nettoimport. Im ersten kernenergiefreien Jahr waren Importe häufig ökonomisch sinnvoll, weil Wasserkraft, Wind oder französische Kernenergie günstiger waren als inländische Kohleverstromung. Importe sind im europäischen Binnenmarkt kein Versagen. Problematisch wäre erst eine strukturelle Abhängigkeit in europaweit angespannten Stunden.

Während die Großhandelspreise gegenüber den Extremwerten von 2022 fielen, blieben Endkundenpreise, Netzentgelte, Absicherungskosten und Unsicherheit hoch. Industrieunternehmen vergleichen jedoch nicht mit dem Krisenhöhepunkt, sondern mit den USA, China, Frankreich, Skandinavien und ihren eigenen Vorkrisenkosten.

So entstand die Strukturkrise: Produktion sank, Investitionen blieben aus und Insolvenzen stiegen. 2023 wurden 17.814 Unternehmensinsolvenzen registriert, 2024 bereits 21.812. Die Energiepolitik war ein Verstärker, aber nicht der einzige Treiber. Hohe Zinsen, Baukrise, schwache Weltkonjunktur, chinesischer Wettbewerb, Fachkräftemangel und Bürokratie wirkten gleichzeitig.[21]

2025 und 2026: Fragile Erholung, anhaltender Substanzverlust

Nach zwei Rezessionsjahren wuchs das reale BIP 2025 nur um 0,2 Prozent. Der IWF erwartete für 2026 ein Plus von 0,7 Prozent. Eine technische Erholung ist damit möglich, doch sie heilt den zuvor entstandenen Investitions- und Produktivitätsrückstand nicht automatisch.

Die Stromerzeugung aus Wind und Sonne erreichte neue Größenordnungen. 2025 lag der Anteil in Deutschland eingespeister Erneuerbarer am Strommix bei 55,9 Prozent; Photovoltaik überholte erstmals die Braunkohle. Zugleich blieb die erneuerbare Nettostromerzeugung deutlich unter dem politischen Zielpfad, und der Windausbau verfehlte die vorgesehene installierte Leistung.[10]

Die Insolvenzlage verschärfte sich weiter. Nach nochmals 10,3 Prozent mehr Unternehmensinsolvenzen 2025 meldeten die Gerichte im ersten Halbjahr 2026 insgesamt 12.812 Fälle. Besonders betroffen waren Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe und Bau. Die Breite der Branchen widerlegt eine reine Energieerklärung, bestätigt aber den allgemeinen Kostendruck.[7][8]

Neu ist die Gefahr eines stillen Substanzverlusts. Große Unternehmen kündigen Stellenabbau und Standortkonsolidierung an, Mittelständler verschieben Maschinenkäufe, und ausländische Investoren prüfen Alternativen. Solche Entscheidungen erscheinen zeitverzögert in Produktion und Beschäftigung. Wer nur auf den nächsten Quartalswert blickt, erkennt den Strukturbruch zu spät.

Die Regierung Merz trifft daher nicht auf eine einzelne Krise, sondern auf die kumulierte Rechnung aus fünfzehn Jahren: zu wenig Netze und Digitalisierung, riskante Energieabhängigkeit, hohe Abgaben, langsame Genehmigungen, demografischer Druck, schwache Produktivität und ein zu teurer Übergang zu klimaneutraler Produktion.

Das deutsche Industriemodell: Fünf gleichzeitig erodierende Säulen

Deutschlands Wohlstand beruhte lange auf einer Kombination, die sich gegenseitig verstärkte: günstige Energie, qualifizierte Fachkräfte, technologische Führerschaft, offene Weltmärkte und verlässliche Infrastruktur. Seit 2011 sind alle fünf Säulen unter Druck geraten.

Energie	Günstiges Pipelinegas, Kernenergie, integriertes Verbundnetz	Russisches Gas fällt aus, Kernenergie endet, Netze und flexible Ersatzleistung folgen zu langsam
Fachkräfte	Duale Ausbildung, große Erwerbsbevölkerung, industrielle Erfahrung	Alterung, Engpässe, hohe Abgaben auf Arbeit, langsame Zuwanderungs- und Anerkennungsverfahren
Technologie	Auto, Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik	Software, Batterien, Plattformen und Teile der grünen Wertschöpfung werden von USA und China dominiert
Welthandel	China als Wachstumsmarkt, EU-Binnenmarkt, offene Lieferketten	China wird Konkurrent, Protektionismus und geopolitische Risiken steigen
Staat	Rechtssicherheit, Infrastruktur, solide Finanzen	Planungsdauer, Investitionsstau, komplexe Regulierung und langsame Digitalisierung

Die politische Antwort muss deshalb ebenfalls kombiniert sein. Ein niedrigerer Strompreis ohne Fachkräfte schafft keine neue Fabrik. Schnellere Genehmigungen ohne Netzzugang helfen nicht. Subventionen ohne verlässliche Nachfrage erzeugen Mitnahmeeffekte. Und Klimaschutz ohne wettbewerbsfähige Produktion kann Emissionen lediglich ins Ausland verlagern.

Vorwort: Ein Weckruf, kein Sündenbock

Deutschland steht nicht vor dem wirtschaftlichen Absturz, weil am 15. April 2023 ein einzelner Schalter umgelegt wurde. Aber das Land hat in einer Energie- und Standortkrise zugleich auf gesicherte CO₂-arme Erzeugungsleistung verzichtet, während Netze, Speicher und flexible Ersatzkapazitäten noch nicht ausreichend bereitstanden. Diese Entscheidung verschärfte Risiken, die bereits durch den Verlust billigen russischen Pipeline-gases, den globalen Wettbewerb, hohe Zinsen, Fachkräftemangel, alternde Infrastruktur und eine überfordernde Regulierung entstanden waren.

Die Diagnose muss präzise bleiben: Seit dem Atomausstieg sanken die Großhandelspreise zunächst, der Anteil erneuerbarer Energien stieg und die Kohleverstromung ging zurück. Das widerlegt eine simple Erzählung, wonach jede heutige wirtschaftliche Schwäche unmittelbar durch die Abschaltung der letzten Reaktoren verursacht worden sei. Ebenso falsch wäre jedoch die Gegenbehauptung, die Energiepolitik habe mit der industriellen Krise nichts zu tun. Entscheidend sind die Gesamtkosten eines verlässlichen Systems - Erzeugung, Netze, Speicher, Reserve, Redispatch, Abgaben und Kapitalkosten - sowie der Preisabstand zu Wettbewerbsstandorten.

KERNBEFUND

Deutschland hat kein reines Erzeugungsproblem. Es hat ein Systemkosten-, Investitions-, Tempo- und Vertrauensproblem. Energiepolitik wird zur Industriepolitik, sobald Unternehmen entscheiden, wo die nächste Anlage gebaut wird.

Die folgenden Zahlen sind nicht als parteipolitische Munition ausgewählt, sondern als Belastungstest der These. Wo ein kausaler Nachweis fehlt, wird keine Kausalität behauptet. Wo Daten vorläufig sind, wird dies kenntlich gemacht.

1. Die wirtschaftliche Lage seit April 2023

Die deutsche Volkswirtschaft schrumpfte 2023 real um 0,3 Prozent und 2024 um 0,2 Prozent. 2025 folgte nach amtlicher Erstberechnung nur ein Wachstum von 0,2 Prozent. Der IWF erwartete im Juli 2026 für das laufende Jahr ein reales Plus von 0,7 Prozent. Das ist Erholung, aber kein kraftvoller Aufschwung. Über mehrere Jahre betrachtet bleibt Deutschlands Wachstum deutlich hinter seinem Potenzial und vielen Partnerländern zurück.[1][2]

Reales BIP	-0,3 %	-0,2 %	+0,2 %	+0,7 % IWF-Prognose
Unternehmensinsolvenzen	+22,1 %	+22,4 %	+10,3 %	H1: 12.812 / +6,7 %
Einordnung	Rezession	zweites Minusjahr	Stagnation	fragile Erholung

Die Industrie ist der neuralgische Punkt. Energieintensive Produktion liegt weiterhin deutlich unter dem Niveau vor der Energiekrise. Chemie, Metall, Glas, Papier und Baustoffe leiden besonders unter Gas- und Stromkosten, schwacher Nachfrage und dem hohen Kapitalbedarf der Transformation. Im Fahrzeugbau kommen der technologische Umbruch, aggressive chinesische Konkurrenz und Handelskonflikte hinzu.

Auch Investitionen bleiben eine Schwachstelle. Unsicherheit über Energiepreise, Regulierung, Netzzugang, Genehmigungen und künftige Nachfrage erhöht die geforderte Rendite und verschiebt Projekte. Eine Volkswirtschaft kann statistisch leicht wachsen und trotzdem industrielle Substanz verlieren, wenn Ersatzinvestitionen ausbleiben und neue Kapazitäten im Ausland entstehen.

Wichtig ist aber: Ein Insolvenzanstieg folgt typischerweise zeitverzögert. Er spiegelt nicht nur die Lage seit April 2023, sondern auch ausgelaufene Pandemiehilfen, höhere Zinsen, nachgeholte Marktbereinigung, Baukrise, Konsumschwäche und gestiegene Lohn- und Materialkosten wider.

2. Kernenergieausstieg: Bedeutung und Grenzen der These

Die letzten drei Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 wurden am 15. April 2023 abgeschaltet. In ihrem letzten Betriebsjahr erzeugten sie zusammen 29,5 Terawattstunden und deckten 6,3 Prozent der öffentlichen Nettostromerzeugung. Das war keine dominante, aber eine relevante Menge gesicherter, weitgehend CO₂-armer Stromproduktion.[3]

Ein kontrafaktischer Vergleich ist notwendig: Nicht die Entwicklung nach dem Ausstieg allein zeigt dessen Wirkung, sondern die Frage, wie Preise, Importe und Emissionen bei Weiterbetrieb verlaufen wären. Das ifo Institut schätzte vor der Abschaltung, dass eine Laufzeitverlängerung der drei Anlagen den deutschen Strompreis 2023 um etwa vier Prozent hätte senken können. Solche Modellwerte hängen von Gaspreis, Verfügbarkeit, Brennstoff und europäischem Kraftwerkspark ab; sie sind keine nachträgliche Messung.[4]

Gegen eine monokausale Krisenthese spricht die tatsächliche Marktentwicklung: Im ersten Jahr ohne Kernkraft stieg die erneuerbare Erzeugung gegenüber dem Vergleichszeitraum um rund 33 TWh, während die fossile Erzeugung um 26 Prozent sank. Der Day-Ahead-Preis lag im April 2024 wieder ungefähr auf dem Niveau von April 2021. Deutschland importierte netto Strom, weil dieser häufig günstiger war als inländischer Kohlestrom, nicht weil physisch keine Leistung vorhanden gewesen wäre.[3]

Das entlastet die Entscheidung jedoch nicht vollständig. Kernkraftwerke liefern wetterunabhängig, benötigen keine neue Nord-Süd-Leitung für jede erzeugte Kilowattstunde und senken in vielen Stunden den Bedarf an Gas- oder Kohlekraftwerken. Ihr Wegfall verengt die Reserve in einem System, das gleichzeitig Kohleausstieg, Elektrifizierung und steigenden Bedarf an flexibler Leistung organisieren muss.

Eine Rückkehr zur Kernenergie ist deshalb weder als Tabu noch als schnelle Wunderwaffe zu behandeln. Der Wiederanlauf abgeschalteter Anlagen wäre technisch, genehmigungsrechtlich, personell und wirtschaftlich zu prüfen; für viele Blöcke ist er faktisch ausgeschlossen oder sehr teuer. Neubauten benötigen lange Vorläufe und tragen Bau-, Finanzierungs- und Endlagerkosten. Ein seriöser Kurs wäre technologieoffen: unabhängige Machbarkeitsprüfung vorhandener Standorte, Forschung an neuen Reaktorkonzepten, europäische Kooperation - ohne den kurzfristigen Ausbau von Netzen, Speichern und flexibler Leistung zu verzögern.

3. Die Mehrkosten der Energiewende richtig bilanzieren

Der Ausdruck 'Mehrkosten der erneuerbaren Energien' ist nur sinnvoll, wenn die Vergleichsbasis benannt wird. Eine Solaranlage hat niedrige Grenzkosten, ersetzt aber allein kein jederzeit verfügbares Kraftwerk. Umgekehrt verursachen Kohle, Gas und Kernenergie Brennstoff-, CO₂-, Sicherheits-, Rückbau- und Umweltschäden, die in einfachen Preisvergleichen oft fehlen.

EEG-Finanzierung	2024 rund 18,5 Mrd. Euro Bundesfinanzierung	Haushaltsbelastung bzw. Vergütungs Differenz; nicht gleich volkswirtschaftliche Nettokosten, weil Strom erzeugt wird und die frühere EEG-Umlage entfiel.
Stromnetze bis 2045	rund 450 Mrd. Euro Investitionsbedarf als häufig genannte Größenordnung	Kapitalinvestition über Jahrzehnte, teils ohnehin für Alterung, Digitalisierung und Elektrifizierung nötig; Finanzierung wirkt über Netzentgelte.
Netzengpässe / Reserve	jährlich mehrere Milliarden Euro, mit steigender Tendenz	Systemkosten aus regionalem Ungleichgewicht, verzögertem Netzausbau, Reserve und Eingriffen in die Erzeugung.
Neue Erzeugung	PV und Wind gehören bei geeigneten Standorten zu den günstigsten Neubauoptionen	Günstige Stromgestehungskosten ersetzen keine Vollkostenrechnung für ein verlässliches Gesamtsystem.[5]

Der Bundesrechnungshof kritisierte 2024, dass die Bundesregierung die Bezahlbarkeit der Energiewende nicht vollständig erfasse und Netzausbau sowie gesicherte Leistung hinter den Erfordernissen zurückblieben. Für Übertragungs- und Verteilernetze wurden Investitionen in einer Größenordnung von zusammen rund 460 Milliarden Euro bis 2045 diskutiert; zusätzlich steigen Kosten für Engpassmanagement und Reserve.[6]

Diese Summen dürfen weder verharmlost noch einfach addiert und als 'Schaden' ausgegeben werden. Ein Teil ist produktives Anlagevermögen, ein Teil ersetzt alternde Infrastruktur, und ein Teil ermöglicht neue Verbraucher wie Wärmepumpen, Rechenzentren und Elektrolyseure. Der politische Fehler liegt weniger darin, dass investiert wird, sondern in einer ineffizienten Reihenfolge: Erzeugung wird schneller gebaut als Netze, Preissignale fehlen, Speicher werden nicht konsequent netzdienlich eingesetzt und gesicherte Kapazität kommt zu spät.

4. Internationaler Wettbewerbsnachteil: Wo die Energiewende Industrie kostet

Für ein energieintensives Unternehmen zählt nicht der sonnige Mittag an der Strombörse, sondern der verlässliche Gesamtpreis am Werkstor. Dazu gehören Beschaffung, Netzentgelte, Steuern, Umlagen, Absicherung gegen Preisschwankungen, Anschlusskosten und die Kosten eigener Reserve. Genau hier hat Deutschland gegenüber Standorten mit billigem Gas, Wasserkraft, Kernenergie oder großzügigen Industriesubventionen Nachteile aufgebaut.

Die USA profitieren regional von günstigem Erdgas und einer massiven steuerlichen Förderung neuer Produktion. China verbindet große Kohle-, Kernenergie- und Erneuerbarenkapazitäten mit Industriepolitik, Skaleneffekten und häufig niedrigeren Standortkosten. Frankreich verfügt über einen großen Kernkraftpark. Skandinavische Standorte bieten Wasserkraft und Wind. Deutschland konkurriert daher nicht mit einer einzigen Technologie, sondern mit unterschiedlichen Paketen aus Energiepreis, Versorgung, Steuern, Förderung und Genehmigungstempo.

CO₂-Zertifikate: notwendiges Klimainstrument mit realen Standortkosten

Der europäische Emissionshandel EU ETS verpflichtet Stromerzeuger und große Industrieanlagen, für ihre Emissionen Berechtigungen abzugeben. Dadurch verteuert der CO₂-Preis Kohle- und Gaskraftwerke und wirkt über die Merit Order auch auf den Großhandelspreis für Strom. Unternehmen mit emissionsintensiven Prozessen tragen zusätzlich direkte Zertifikatskosten. Für Stahl, Chemie, Zement, Glas, Papier, Raffinerien und Nichteisenmetalle kann daraus eine Doppelbelastung aus direkten Prozesskosten und indirekten Stromkosten entstehen.[16]

CO₂-Zertifikate sind nicht dasselbe wie die deutsche Förderung erneuerbarer Energien. Der EU ETS ist ein europäisches Mengeninstrument: Die Zahl der Zertifikate wird begrenzt und schrittweise reduziert. Ökonomisch soll damit dort zuerst CO₂ vermieden werden, wo dies am günstigsten möglich ist. Für das Klima ist das wirksamer als eine Vielzahl unkoordinierter Einzelverbote. Für die Industrie entsteht aber ein Wettbewerbsproblem, solange Produzenten außerhalb Europas keinen vergleichbaren CO₂-Preis zahlen.

Kostenlose Zuteilungen für abwanderungsgefährdete Branchen und die deutsche Strompreiskompensation begrenzen diesen Nachteil, gleichen ihn aber nicht vollständig aus. Mit dem CO₂-Grenzausgleich CBAM sollen Importe bestimmter emissionsintensiver Güter schrittweise einem vergleichbaren CO₂-Preis unterliegen. Das kann den europäischen Binnenmarkt schützen, hilft Exporteuren aus der EU auf Drittlandsmärkten jedoch nur begrenzt und erzeugt zusätzlichen Nachweisaufwand. Der Abbau kostenloser Zuteilungen darf deshalb nur in dem Tempo erfolgen, in dem CBAM, Strompreiskompensation und internationale Klimapartnerschaften nachweislich Carbon Leakage verhindern.[17]

Neben dem EU ETS existiert in Deutschland die nationale CO₂-Bepreisung für Brennstoffe in Verkehr und Gebäuden. Sie erhöht die Kosten fossiler Kraft- und Heizstoffe und wirkt damit auch auf Logistik, Gebäude und kleinere Betriebe. Einnahmen aus beiden Systemen sollten transparent zur Senkung anderer Standortlasten, für Netze und für wirksame Transformationsinvestitionen eingesetzt werden. Ein CO₂-Preis darf nicht zum verdeckten allgemeinen Steueraufkommen werden.

Wettbewerbsfaktor	Nachteil für Deutschland	Konsequenz
Gesamtstrompreis	Hohe Netzentgelte, Abgaben und Absicherungskosten trotz zeitweise niedriger Börsenpreise	Margen sinken; Produktion und Neuinvestitionen werden verlagert
Volatilität	Negative Preise bei Überschuss, hohe Preise bei Knappheit	Mehr Bedarf an Flexibilität, Speichern, Hedging und Reserve

Wettbewerbsfaktor	Nachteil für Deutschland	Konsequenz
Netzanschluss	Lange Wartezeiten und lokale Engpässe	Investitionsprojekte verzögern sich oder wählen andere Länder
Transformationsdoppelbelastung	Alte Anlage verliert Wettbewerbsfähigkeit, neue klimaneutrale Anlage ist kapitalintensiv	Unternehmen investieren nur bei langfristig glaubwürdigem Rahmen
Regeländerungen	Förder-, Abgaben- und Genehmigungsregeln ändern sich häufig	Höhere Risikoprämie und geringere Investitionsbereitschaft

Der Nachteil ist besonders gefährlich, weil er sich schleichend zeigt. Eine Fabrik schließt nicht zwingend am Tag eines Preissprungs. Zunächst sinkt die Auslastung, dann wird Wartung verschoben, anschließend geht die nächste Produktionslinie an einen anderen Standort. Erst Jahre später erscheint die verlorene Wertschöpfung in der Statistik.

Gleichzeitig entstehen Chancen: Deutschland kann bei Netzen, Leistungselektronik, Speichern, Effizienz, Wärmepumpen, Wasserstofftechnik und klimaarmen Grundstoffen neue Wertschöpfung aufbauen. Diese Chance realisiert sich aber nur, wenn die Transformation günstiger und schneller wird als bei Wettbewerbern. Klimaziele ersetzen keine Standortstrategie.

Die Insolvenzkurve 2011 bis 2026

Die lange Reihe verhindert zwei Fehlinterpretationen. Erstens war der Rückgang bis 2019 Teil einer langjährigen Entwicklung bei guter Konjunktur und extrem niedrigen Zinsen. Zweitens waren die Tiefstände 2020 und 2021 durch staatliche Ausnahmeregelungen verzerrt. Der heutige Anstieg ist daher zugleich Normalisierung, Nachholeffekt und Ausdruck einer neuen Belastungskrise.

Jahr	Unternehmensinsolvenzen	Wirtschaftlicher Hintergrund
2011	30.099	Nachwirkungen der Finanz- und Eurokrise; Beginn des beschleunigten Atomausstiegs
2015	23.101	Aufschwung, sinkende Zinsen und gute Exportnachfrage
2019	18.749	Niedriges Zinsniveau; Konjunktur schwächt sich bereits ab
2020	15.841	Pandemihilfen und zeitweise ausgesetzte Antragspflichten drücken die Statistik
2021	13.993	Historischer Tiefstand unter fortwirkenden Stützungsmaßnahmen
2022	14.590	Gaspreisschock und Zinswende beginnen; Wirkung noch zeitverzögert
2023	17.814	+22,1 Prozent; Rezession, Kosten- und Finanzierungsschock
2024	21.812	+22,4 Prozent; zweites Rezessionsjahr, Bau- und Industrieschwäche
2025	rund 24.000	+10,3 Prozent; schwaches Wachstum und anhaltende Restrukturierung
H1 2026	12.812	+6,7 Prozent; höchster erster Halbjahreswert seit 2013

Die Fallzahl allein misst nicht den volkswirtschaftlichen Schaden. Eine große Industrieinsolvenz kann mehr Beschäftigte, Forderungen und Lieferketten betreffen als Hunderte Kleinstverfahren. Umgekehrt ist nicht jede Insolvenz ein endgültiges Aus: Verfahren können Sanierung, Verkauf oder geordnete Bereinigung ermöglichen. Für die Standortdiagnose müssen daher Fälle, Forderungen, Beschäftigte, Branchen und Fortführungsquoten gemeinsam betrachtet werden.[21]

5. Insolvenzen: dramatischer Anstieg, aber kein Beweis für nur eine Ursache

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist unbestreitbar stark gestiegen: jeweils um rund 22 Prozent in den Jahren 2023 und 2024, nochmals um 10,3 Prozent im Jahr 2025. Im ersten Halbjahr 2026 registrierten die Amtsgerichte 12.812 beantragte Unternehmensinsolvenzen, 6,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und so viele wie in einem ersten Halbjahr zuletzt 2013. Die gemeldeten Gläubigerforderungen beliefen sich auf rund 18,5 Milliarden Euro.[7][8]

Besonders hoch war die Insolvenzhäufigkeit im ersten Halbjahr 2026 in Verkehr und Lagerei mit 71,6 Fällen je 10.000 Unternehmen, gefolgt vom Gastgewerbe mit 59,6 und dem Baugewerbe mit 53,4 Fällen. Diese Branchenstruktur zeigt bereits, dass Energiepreise nur ein Teil der Erklärung sind. Im Bau wirken Zinswende und Projektstopp, im Gastgewerbe Konsum, Mieten, Personal- und Lebensmittelkosten, in der Logistik Nachfrage, Kraftstoff, Maut und Finanzierung.[7]

Die Statistik erfasst zudem nicht jede Geschäftsaufgabe und ordnet Insolvenzen zeitlich erst nach der ersten gerichtlichen Entscheidung ein; der Antrag kann rund drei Monate früher gestellt worden sein. Ein Vergleich mit den künstlich niedrigen Insolvenzzahlen während pandemiebedingter Sonderregeln überzeichnet außerdem den unmittelbaren Trend.

Trotzdem wäre Beschwichtigung falsch. Eine hohe Zahl mittelständischer Insolvenzen zerstört Lieferketten, Ausbildungsplätze, lokales Know-how und Steuerbasis. Besonders kritisch sind grundsätzlich wettbewerbsfähige Unternehmen, die nicht am Produkt, sondern an Liquidität, Energiekosten, Finanzierung oder staatlich verursachter Verzögerung scheitern.

Was unmittelbar getan werden muss

- Frühwarnsysteme und außergerichtliche Restrukturierung nach dem StaRUG stärker für kleine und mittlere Unternehmen zugänglich machen.
- Finanzämter, Sozialversicherungsträger und Förderbanken auf koordinierte Sanierungsprüfungen verpflichten, ohne aussichtslose Unternehmen künstlich am Leben zu halten.
- Transformationskredite an tragfähige Geschäftsmodelle, Eigenkapital und messbare Investitionen binden - nicht an politische Nähe oder bloße Größe.
- Genehmigungs- und Netzanschlussfristen mit verbindlichen Entscheidungsfristen versehen; Schweigen der Verwaltung darf Investitionen nicht unbegrenzt blockieren.
- Insolvenzgeld, Transfergesellschaften und schnelle Weiterqualifizierung so organisieren, dass Fachkräfte in der Region und Wertschöpfungskette bleiben.

6. Was Friedrich Merz jetzt tun muss

Herr Merz, der Industriestandort braucht keine weitere Sammlung unverbindlicher Gipfelerklärungen. Er braucht eine Reihenfolge, messbare Ziele und Verantwortliche. Die Energiewende muss vom Mengenprogramm zum Systemprogramm werden; Wirtschaftspolitik muss Investitionen wieder wahrscheinlicher machen als Abwanderung.

Die ersten 100 Tage

- Einen transparenten Industriestrom-Gesamtpreis veröffentlichen: Börse, Netze, Abgaben, Steuern, Absicherung und Anschlusskosten getrennt nach Verbrauchsgruppen.
- Stromsteuer für Unternehmen dauerhaft auf das europäische Mindestmaß begrenzen und Netzentgelte planbar glätten; Gegenfinanzierung offen im Haushalt ausweisen statt Kosten zu verstecken.
- Alle Energiewendeprojekte nach Systemnutzen priorisieren: Netzengpassminderung, gesicherte Leistung, Speicherwirkung und vermiedene Gesamtkosten.
- Eine unabhängige, sechsmonatige Machbarkeitsprüfung zu Kernenergieoptionen vorlegen: Wiederanlauf, Neubau, SMR-Forschung, Kosten, Haftung, Brennstoff, Personal und Zeitplan. Keine Symbolpolitik in beide Richtungen.
- Ein Belastungsmoratorium beschließen: Neue Berichtspflichten nur gegen Streichung mindestens gleichwertiger bestehender Pflichten.

Bis Ende 2028

- Netzausbau durch Standardisierung, Freileitungsoptionen, gemeinsame Korridore und frühzeitige Beschaffung beschleunigen; Kostenabweichungen öffentlich erklären.
- Kapazitätsmechanismus für steuerbare, perspektivisch klimaneutrale Leistung wettbewerblich ausschreiben; Speicher und flexible Nachfrage gleichberechtigt zulassen.
- Erneuerbaren-Förderung auf Markt- und Systemsignale umstellen: keine Förderung bei negativen Preisen, stärkere Standortsignale und Verantwortung für Prognose und Vermarktung.
- Unternehmenssteuern und Abschreibungen international wettbewerbsfähig gestalten; Verlustverrechnung und Investitionsprämien vereinfachen.
- Planungs-, Register- und Steuerdaten digital nach dem Once-only-Prinzip nutzbar machen: Unternehmen melden Informationen nur einmal.

Bis 2035

- Eine robuste europäische Energiearchitektur bauen: Netze, LNG- und Wasserstoffoptionen, Speicher, Kernenergiekooperation und gemeinsame Beschaffung bei kritischen Rohstoffen.
- Arbeitsangebot erhöhen: bessere Kinderbetreuung, schnellere qualifizierte Zuwanderung, höhere Anreize für Mehrarbeit und flexiblere Übergänge in den Ruhestand.
- Forschung, Skalierung und öffentliche Beschaffung auf Schlüsseltechnologien konzentrieren, statt Förderprogramme kleinteilig über Behörden zu verteilen.

7. Was nicht funktionieren wird

Ein Industriestrompreis kann eine Brücke sein, löst aber die Systemkosten nicht. Wird der Preis dauerhaft aus Steuern subventioniert, bezahlen Bürger und nicht begünstigte Unternehmen die Differenz. Die Förderung muss befristet, europarechtsfest, investitionsgebunden und mit einem glaubwürdigen Plan zur Senkung realer Kosten verbunden sein.

Auch eine sofortige Rückkehr zur alten Energiewelt ist unmöglich. Russisches Pipelinegas steht politisch und sicherheitlich nicht als verlässliche Basis zur Verfügung. Abgeschaltete Kernkraftwerke lassen sich nicht per Bundestagsbeschluss in wenigen Wochen reaktivieren. Neue Reaktoren wären frühestens langfristig relevant. Wer diese Grenzen verschweigt, verkauft Hoffnung statt Energiepolitik.

Ebenso wenig trägt ein bloß schnellerer Ausbau von Wind und Solar ohne Netze, Speicher, flexible Nachfrage und gesicherte Leistung. Zusätzliche Anlagen am falschen Ort können Abregelung und Netzbedarf erhöhen. Entscheidend ist nicht die installierte Gigawattzahl, sondern eine bezahlbare Kilowattstunde zur benötigten Zeit am benötigten Ort.

Pauschaler Bürokratieabbau ohne Prioritäten bleibt eine Überschrift. Notwendig sind messbare Bearbeitungszeiten, digitale Standardverfahren, automatische Genehmigungsfiktionen in geeigneten Fällen und persönliche Verantwortung für Projektverzögerungen.

Schließlich darf die Insolvenzstatistik nicht zum Vorwand für flächendeckende Rettungen werden. Marktaustritt gehört zur Marktwirtschaft. Staatliche Hilfe ist dort gerechtfertigt, wo ein grundsätzlich tragfähiges Unternehmen durch außergewöhnliche, vorübergehende oder staatlich verursachte Belastungen in eine Finanzierungslücke gerät - nicht zur dauerhaften Konservierung überholter Geschäftsmodelle.

DER MASSSTAB

Nicht die Zahl neuer Programme entscheidet, sondern ob private Investitionen, Produktivität, industrielle Wertschöpfung und Gründungen steigen, während Energie-Systemkosten, Genehmigungszeiten und vermeidbare Insolvenzen sinken.

8. Ein messbarer Deutschland-Pakt

Die Bundesregierung sollte sich für jedes Quartal öffentlich an wenigen Standortkennzahlen messen lassen. So wird aus Ankündigungspolitik ein überprüfbarer Auftrag.

Industrielle Produktion	Index und energieintensive Branchen	Steigt die reale Wertschöpfung, nicht nur der Subventionsbetrag?
Energie	Gesamtpreis am Werkstor; Netzkosten; Ausfallminuten	Wird Energie günstiger und bleibt sie sicher?
Investitionen	Reale Ausrüstungs- und Bauinvestitionen	Entstehen zusätzliche Anlagen oder nur Mitnahmeeffekte?
Genehmigungen	Median der Verfahrensdauer	Werden Projekte tatsächlich schneller?
Insolvenzen	Fälle, Beschäftigte, Forderungen, Branchen	Sind gesunde Kerne sanierbar und Beschäftigte vermittelbar?
Produktivität	BIP je Erwerbstätigenstunde	Wächst Wohlstand je Arbeitsstunde?

Der Pakt muss auch Zielkonflikte offenlegen. Niedrigere Netzentgelte verschwinden nicht, wenn sie in den Bundeshaushalt verschoben werden. Schnellere Genehmigungen dürfen Rechtsschutz nicht abschaffen. Klimaschutz darf nicht durch Import emissionsintensiver Vorprodukte lediglich statistisch erfüllt werden. Und neue Schulden schaffen nur dann künftigen Wohlstand, wenn sie zusätzliche produktive Investitionen finanzieren.

Deutschland verfügt weiterhin über starke Unternehmen, qualifizierte Beschäftigte, Forschungsinstitute, einen großen Binnenmarkt, gute Institutionen und Zugang zum europäischen Markt. Niedergang ist daher kein Schicksal, sondern ein Risiko aus zu langem Zögern. Gerade deshalb ist entschiedenes Handeln möglich.

9. Schlussappell

Herr Merz, stoppen Sie den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands - nicht mit einem nostalgischen Versprechen, sondern mit einer nüchternen Standortpolitik. Beenden Sie die falsche Wahl zwischen Klimaschutz und Industrie. Ohne wettbewerbsfähige Unternehmen fehlt das Kapital für die Transformation; ohne glaubwürdige Dekarbonisierung drohen neue Abhängigkeiten, CO₂-Kosten und verlorene Zukunftsmärkte.

Korrigieren Sie die Fehler der Energiewende: falsche Reihenfolge, unvollständige Kostenrechnung, zu langsame Netze, fehlende gesicherte Leistung, schwache Preissignale und sprunghafte Regulierung. Prüfen Sie Kernenergie sachlich und technologieoffen, aber verkaufen Sie sie nicht als kurzfristige Abkürzung. Senken Sie reale Systemkosten statt sie lediglich zwischen Stromrechnung und Steuerbescheid zu verschieben.

Nehmen Sie die Insolvenzzahlen ernst, ohne sie politisch zu missbrauchen. Sorgen Sie dafür, dass sanierungsfähige Betriebe früh restrukturieren können, dass Investitionen schneller genehmigt werden und dass Arbeit, Kapital und Innovation sich in Deutschland wieder lohnen.

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob Deutschland weiterhin ein reiches Land ist. Die Frage lautet, ob es die industrielle Grundlage seines Wohlstands erneuert, bevor deren Verlust unumkehrbar wird. Die Zeit für Diagnosepapiere ist vorbei. Jetzt zählen Entscheidungen, Fristen und Ergebnisse.

Hinweis zur Aussagekraft

Diese Dokumentation ist eine wirtschaftspolitische Analyse, keine Prognosegarantie. Sie verwendet den zum 11. September 2026 verfügbaren Datenstand. Vorläufige Statistiken und Prognosen können revidiert werden. Zeitliche Parallelität - etwa zwischen Kernenergieausstieg und Insolvenzanstieg - ist allein kein Kausalitätsnachweis.

Quellen

Primärquellen und wissenschaftsnahе Auswertungen

- [1] Statistisches Bundesamt (Destatis), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: reales BIP 2023, 2024 und erste Jahresergebnisse 2025.
https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/_inhalt.html
- [2] International Monetary Fund, Germany country data / World Economic Outlook Update, Juli 2026: prognostiziertes reales BIP-Wachstum 2026 von 0,7 %. <https://www.imf.org/en/Countries/DEU>
- [3] Fraunhofer ISE, 'Ein Jahr ohne Kernkraft: Erneuerbare Energien ausgebaut, fossile Energiegewinnung deutlich gesunken', 15. April 2024. <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2024/ein-jahr-ohne-kernkraft-erneuerbare-energien-ausgebaut-fossile-stromerzeugung-deutlich-gesunken.html>
- [4] ifo Institut, 'Laufzeitverlängerung würde Strompreise 2023 um 4 Prozent senken', 14. September 2022.
<https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-09-14/laufzeitverlaengerung-wuerde-strompreise-2023-um-4-prozent-senken>
- [5] Fraunhofer ISE, 'Studie: Stromgestehungskosten erneuerbare Energien', Juli 2024, ergänzt um Kurzanalyse flexibler Kraftwerke 2025.
<https://www.ise.fraunhofer.de/de/veroeffentlichungen/studien/studie-stromgestehungskosten-erneuerbare-energien.html>
- [6] Bundesrechnungshof, Bericht nach § 99 BHO zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit, 7. März 2024; Bundestagsdrucksache 20/10585.
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010585.pdf>
- [7] Statistisches Bundesamt, 'Unternehmensinsolvenzen im Juni 2026: +15,8 % gegenüber Juni 2025', Pressemitteilung Nr. 325 vom 11. September 2026. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/09/PD26_325_52411.html
- [8] Statistisches Bundesamt, 'Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2025: +10,3 % zum Vorjahr', 13. März 2026.
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_085_52411.html
- [9] Fraunhofer ISE, 'Öffentliche Stromerzeugung 2024: Deutscher Strommix so sauber wie nie', 2. Januar 2025. <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2025/oeffentliche-stromerzeugung-2024-deutscher-strommix-so-sauber-wie-nie.html>
- [10] Fraunhofer ISE, 'Öffentliche Stromerzeugung 2025: Wind und Solar erstmals als Doppelspitze', 1. Januar 2026. <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2026/oeffentliche-stromerzeugung-2025-wind-und-solar-erstmals-als-doppelspitze.html>
- [11] Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt, Monitoringbericht Energie 2025. <https://data.bundesnetzagentur.de/Bundesnetzagentur/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2025.pdf>
- [12] Bundesnetzagentur, Versorgungssicherheitsmonitoring Strom, Veröffentlichung vom 3. September 2025.
https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/20250903_Versorgungsmonitoring.html
- [13] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 'Monitoring der Energiewende: Ergebnisse und Schlussfolgerungen', 2025.
<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2025/11/03-monitoring-der-energiewende.html>

Quellen

Fortsetzung

- [14] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2025/26. <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2025.html>
- [15] OECD, OECD Economic Surveys: Germany, Empfehlungen zu Produktivität, Arbeitsangebot, Investitionen und Regulierung. <https://www.oecd.org/en/topics/sub-issues/economic-surveys/germany-economic-snapshot.html>
- [16] Europäische Kommission, EU Emissions Trading System (EU ETS): Funktionsweise, Anwendungsbereich und Carbon-Leakage-Schutz. https://climate.ec.europa.eu/eu-action/eu-emissions-trading-system-eu-ets_en
- [17] Europäische Kommission, Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM): Übergang vom Berichtssystem zum finanziellen Ausgleich und Zusammenhang mit kostenlosen Zuteilungen. https://taxation-customs.ec.europa.eu/carbon-border-adjustment-mechanism_en
- [18] Deutscher Bundestag, 'Atomausstieg und Energiewende als Herkulesaufgabe', Beratung der 13. Änderung des Atomgesetzes, 9. Juni 2011. https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2011/34701890_kw23_de_atomgesetz-205760
- [19] Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 'Wie können wir vom Gas gehen?', 22. März 2022: Anteil russischer Lieferungen am deutschen Gasverbrauch 2021 rund 55 Prozent. https://energiewende.bundeswirtschaftsministerium.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2022/03/Meldung/direkt-erfasst_infografik.html
- [20] Bundesnetzagentur, Monitoringberichte Energie und Daten zu Netzengpassmanagement / Redispatch, verschiedene Jahrgänge. <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Monitoringberichte/start.html>
- [21] Statistisches Bundesamt, GENESIS-Online und Fachserie Insolvenzstatistik: Unternehmensinsolvenzen 2011 bis 2026. https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Gewerbemeldungen-Insolvenzen/_inhalt.html
- [22] Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, 'Der Atomausstieg in Deutschland': Chronologie bis 15. April 2023. <https://www.base.bund.de/de/nukleare-sicherheit/atomausstieg/ausstieg-atomkraft/ausstieg-atomkraft.html>
- [23] Statistisches Bundesamt, jährliche Erdgasimporte Deutschlands 1992 bis 2025. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/erdgas-jaehrlich.html>
- [24] Europäische Zentralbank, geldpolitische Beschlüsse und Leitzinsentwicklung seit 2022. https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html
- [25] Europäische Kommission / Eurostat, Strompreise für Nicht-Haushaltskunden nach Verbrauchsgruppen und Preisbestandteilen. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Electricity_price_statistics

Methodik

BIP-Angaben sind preisbereinigt. Insolvenzangaben beziehen sich auf beantragte und von Amtsgerichten statistisch gemeldete Unternehmensinsolvenzen; die Statistik umfasst nicht sämtliche Geschäftsaufgaben. Stromdaten unterscheiden zwischen öffentlicher Nettoerzeugung, Bruttoerzeugung, Last und Verbrauch. Förder- und Netzinvestitionsbeträge sind nicht ohne Weiteres zu einer volkswirtschaftlichen Nettokostensumme addierbar.